

Anliegen von amnesty international bei der 48. Sitzung der
Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen

(Auszug)

EL SALVADOR

In El Salvador haben sich die durchgehenden Muster von Menschenrechtsverletzungen nicht wesentlich verändert, trotz einer Reihe von bedeutsamen Vereinbarungen über mit Menschenrechten verwandte Themen, die sich aus den Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN), ergaben. Resolution 1991/75 über El Salvador, die bei der letzten Sitzung der Menschenrechtskommission (der Vereinten Nationen; Anm.d.Ü.) verabschiedet wurde, drückte Zufriedenheit über den Abschluß des Menschenrechtsabkommens (vom Juli 1990; Anm.d.Ü.) zwischen der Regierung und der FMLN aus. Sie brachte jedoch auch Besorgnis über das Andauern von politisch motivierten Menschenrechtsverletzungen wie Hinrichtungen im Schnellverfahren und "Verschwindenlassen" sowie über die Unbrauchbarkeit des Rechtssystems, die Täter solcher Übergriffe zur Rechenschaft zu ziehen, zum Ausdruck. Die Kommission hat das Mandat des Sonderberichterstatters für ein weiteres Jahr verlängert und wird bei der 48.Sitzung einen weiteren Bericht von ihm über El Salvador vorliegen haben.

amnesty international begrüßte die Einrichtung der Menschenrechtsbeobachtungskommission der Vereinten Nationen, ONUSAL, im Juli 1991, ein Jahr nach dem Abschluß des Menschenrechtsabkommens zwischen der Regierung und der FMLN. amnesty international hofft, daß diese Beobachtungskommission einen dauerhaften positiven Einfluß auf den Schutz der Menschenrechte in El Salvador ausüben wird. Auch andere Menschenrechtsvereinbarungen, die sich aus den Friedensverhandlungen ergeben haben, wie z.B. die Einrichtung der Behörde eines Menschenrechtsbevollmächtigten, Justizreformen, die Einführung von Maßnahmen gegen die Straflosigkeit und die Umstrukturierung der Sicherheitskräfte, könnten, wenn sie wirksam umgesetzt werden, in der Praxis zu dauerhaften Verbesserungen führen.

Dennoch hat amnesty international auch weiterhin extralegale Hinrichtungen dokumentiert, die vermutlich von den Sicherheitskräften ausgeführt wurden. Einige davon wurden von uniformierten Soldaten während Militäroperationen begangen, andere wurden geheimen "Todesschwadronen" zugeschrieben, von denen man annimmt, daß sie mit den Streitkräften in Verbindung stehen. In den letzten Monaten bedrohten geheime Gruppen Mitglieder von Menschenrechtsgruppen und humanitären Organisationen, die sie der Verbindungen zur FMLN beschuldigten, mit dem Tode. Weiterhin wird noch immer von Folterungen berichtet und Vorschriften über die Behandlung von Gefangenen, die die Folter eigentlich verhindern sollen, werden immer noch mißachtet. Einem Antrag, die Anwendbarkeit der Todesstrafe auf bestimmte Verbrechen in Friedenszeiten auszudehnen, hat das Parlament in der letzten Legislaturperiode im März (sic!) 1991 zugestimmt, aber das neue Parlament hat ihn nicht ratifi-

ziert. Während die Häufigkeit von "Verschwindenlassen" im vergangenen Jahr anscheinend abgenommen hat, ist wenig geschehen, um das Schicksal der vielen Menschen aufzuklären, die in den letzten Jahren durch die Streitkräfte "verschwunden" sind. amnesty international begrüßte die Verurteilung eines Colonel für den 1989 begangenen Mord an sechs Priestern und zwei Mitarbeiterinnen an der Zentralamerikanischen Universität im September 1991. Aber das Muster von Straflosigkeit, das sich aus dem anhaltenden Versäumnis der Regierung ergibt, Untersuchungen anzustellen und diejenigen, die für tausende von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen, ist tatsächlich unverändert geblieben.

Im Jahr 1991 hat es Berichte von mindestens drei Morden an Militäroffizieren außerhalb des Dienstes durch die FMLN gegeben. Auch von mehreren Morden an gefangenen Armeesoldaten und an Zivilisten, die der Kollaboration mit dem Militär verdächtigt worden waren, wurde berichtet. Die Ergebnisse von Untersuchungen, die von regierungsunabhängigen Menschenrechtsgruppen angestellt wurden, widersprachen in einer Reihe von Fällen den Angaben des Militärs. Die FMLN hat auch weiterhin Entführungen begangen und manchmal das Opfer zur Erpressung von Lösegeld festgehalten. In anderen Fällen blieb der Aufenthaltsort von Personen, die Berichten zufolge entführt worden waren, unbekannt, obwohl man von einigen annimmt, daß sie zwangsweise in die Ränge der FMLN rekrutiert wurden.

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sollte Schritte unternehmen, um die wirksame Umsetzung von vereinbarten Maßnahmen, die das Anhalten von Menschenrechtsübergriffen in El Salvador verhindern, sicherzustellen. Sie sollte das Mandat des Sonderberichterstatters aufrechterhalten, bis Beweise für eine klare und andauernde Verbesserung der Menschenrechtssituation zu sehen sind.

Übersetzung: amnesty international
El Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 1124
7400 Tübingen 1

Verbindlich ist das englische Original.
Jeder, der sich intensiver mit der Position von amnesty international gegenüber der 48. Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen befassen will, sollte dazu das vollständige Dokument benutzen.